

ISOR

aktuell

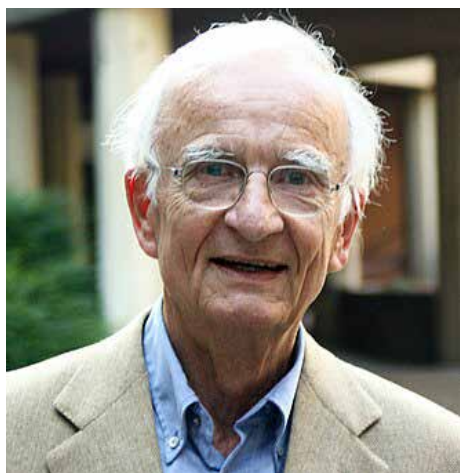
* Nummer 12/2024 * 32. Jahrgang * Dezember 2024 *

MITTEILUNGSBLATT
der **Initiativgemeinschaft**
zum **Schutz der sozialen**
Rechte ehemaliger
Angehöriger bewaffne-
ter Organe und der Zoll-
verwaltung der DDR e. V.

* AUS DEM INHALT *

- S 2 RUNDER TISCH
RENTENGERECHTIGKEIT
- S 3 PROTEST AN DER
HANSEKASERNE
- S 5 ERKLÄRUNG DER
GESELLSCHAFT ZUR
RECHTLICHEN UND
HUMANITÄREN
UNTERSTÜTZUNG

ISOR - Kommentar - NATO in Rostock



Das NATO-Marinekommandozentrum CTF Baltic (Commander Taskforce Baltic) ist eingeweiht - und sorgt für heftige Proteste. Das war vorherzusehen, denn es handelt sich nicht um ein einfaches Büro mit ein paar Schreibtischen und Telefonen. Was bisher das Marine-Hauptquartier der Bundeswehr war, ist nun das „maritime NATO-Hauptquartier“ geworden, wie es ursprünglich in der später gelöschten Presseerklärung der NATO hieß.

Es ist der Kommandovorposten der NATO zur Überwachung des gesamten Ostseeraumes und nicht nur eine schlichte Erweiterung des deutschen Standorts - für Moskau eine Provokation. Wie es die Ostseezeitung (OZ) treffend zusammenfasst: „Aus Angst vor Russland: NATO eröffnet neues Hauptquartier in Rostock.“ Ort, Zeitpunkt und Festreden sind eindeutig gegen Russland gerichtet und schieben die NATO-Strukturen wieder ein Stück weiter gen Osten vor. Der Bundesverteidigungsminister hat es sehr deutlich gesagt, dass es um die Verantwortung Deutschlands als „globale Handlungs- und Seenation“ an der Ostfront der NATO gehe.

Moskau beruft sich auf Artikel 5, Absatz 3 des 2+4-Vertrages von 1990, der Deutschland verpflichtet, „in diesem Teil Deutschlands keine ausländischen Streitkräfte zu stationieren noch dorthin zu verlegen“. Es rügt seine Verletzung und warnt: „Die Regierungen in Washington, Brüssel und Berlin müssen sich darüber im Klaren sein, dass die Ausdehnung der militärischen Infrastruktur der NATO auf das ehemalige Territorium der DDR die negativsten Konsequenzen haben wird und nicht ohne angemessene Reaktion der russischen Seite bleiben wird.“ Es macht zugleich darauf aufmerksam, dass die Entscheidung über das neue Hauptquartier nicht eine nationale Einzelentscheidung Berlins sondern der gesamten NATO war, genauso wie die wechselnde Besetzung mit Militärs aus den anderen NATO-Staaten.

Die Juristen in Berlin sehen das natürlich anders und sehen in der „vermeintlichen“ Verletzung des 2+4-Vertrages ein „wiederholt auftretendes pro-russisches Argumentationsmuster“. Sie verweisen darauf, dass seit April 2024 eine deutsche Brigade dauerhaft als Teil der NATO-enhanced forward presence in Litauen stationiert ist. Das habe seiner-

zeit keine völkerrechtlichen Probleme aufgeworfen. Sie folgern daraus, dass eventuell das Stationierungsverbot des Artikel 5, Absatz 3 gegenstandslos geworden sein könnte. Man könnte sogar überlegen, ob nicht durch Putins Krieg gegen die Ukraine die Geschäftsgrundlage für das Stationierungsverbot jetzt fortgefallen sei.

Für ein Verschwinden des Stationierungsverbotes oder einen Fortfall seiner Geschäftsgrundlage spricht allerdings gar nichts, selbst wenn es einmal verletzt sein sollte. Wer sich auch nur oberflächlich über die zukünftigen Aufgaben des CTFB informiert, sieht die Dinge wohl anders. So schreibt die OZ: „Vom Marinekommando im Rostocker Hansaviertel aus sollen künftig alle Nato-Manöver und -Einsätze auf der Ostsee gesteuert werden – Kriegsschiffe, Hubschrauber, Kampfflugzeuge. Dafür werden Soldaten aus allen Anrainer-Staaten an die Warnow versetzt... Von Ersatzteilen bis zu Panzern und Raketen. Das Bündnis müsse im Krisenfall schnell und in großen Mengen Truppen nach Skandinavien oder ins Baltikum verlegen können.“ Das sind die Streitkräfte, die der Vertrag auf dem Gebiet der alten DDR verhindern sollte, die nun aber vertragswidrig in Rostock stationiert werden.

Es stimmt zwar, dass dem damaligen Ministerpräsidenten Gorbatschow wohl politisch, aber niemals vertraglich versprochen wurde, die NATO nicht weiter gen Osten vorzutreiben, so dass es keine rechtlich einklagbare Grundlage gibt. Hier aber liegt eine rechtliche Verpflichtung im 2+4-Vertrag vor, die durch dieses CTFB als NATO-Einrichtung missachtet wird.

*Norman Paech
Hamburg 16. November 2024*

* AKTUELLER HINWEIS *

Neue Email für die Redaktion der ISOR aktuell:
isor-aktuell-redaktion@t-online.de

Erreichbarkeit und Kontakt:
Bernd Hartmann (Home-Office)
-Schatzmeister-Statistik-
E-Mail: isor-finanz-stat@t-online.de
Tel. 03338-750 76 92
FAX 03338-750 76 91
Die: Termine im Büro nach telefonischer Vereinbarung
Mi: 8-16 Uhr Telefon: 03338- 750 76 92



25. Oktober 2024

Runder Tisch Rentengerechtigkeit e.V. der Berufs- und Personengruppen der DDR

Pressemitteilung

34 Jahre nach der Wiedervereinigung - Noch immer grundgesetzwidrige Benachteiligung der ostdeutschen Berufs- und Personengruppen

Am 24. Oktober 2024 fand in Leipzig die Jahresmitgliederversammlung des „Vereins Runder Tisch Rentengerechtigkeit der DDR-Berufs- und Personengruppen e.V.“ statt. Diskutiert wurden die umfassenden Aktivitäten der Mitglieder und des Vorstands in den Jahren 2023 und 2024 in Richtung Bundespolitik und in Richtung der ostdeutschen Bundesländer, damit die zuständige Bundesregierung endlich den vom Runden Tisch vorgeschlagenen Gerechtigkeitsfonds auflegt. Aus diesem sollte den seit vielen Jahren benachteiligten ca. 500.000 Angehörigen der Berufs- und Personengruppen eine angemessene Entschädigung für ihre grundgesetzwidrig nicht gewährten gesetzlichen Renten- und Zusatzversicherungsansprüche gezahlt werden.

Während noch vor Jahren alle im Bundestag vertretenen Parteien die Berechtigung offener Ansprüche bei DDR-Rentnern anerkannt haben und auch erklärt hatten, sich für die Beseitigung dieser Benachteiligung der Ost-Gruppen einzusetzen, war die derzeitige Bundesregierung dazu absolut nicht bereit. Beim sogenannten „Härtefallfonds“ blieben diese Gruppen aufgrund der Ausschlusskriterien, wie von uns vorhergesagt, außen vor. Zu den vom Runden Tisch zum Gerechtigkeitsfonds vorgeschlagenen Fachgesprächen waren und sind die zuständigen Bundespolitiker, insbesondere auch der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland, Carsten Schneider, nicht bereit. Und dies, obwohl er auf der Homepage der Bundesregierung erklärt hat, gemeinsam mit Bundeskanzler Olaf Scholz die soziale Einheit auf Augenhöhe vollenden zu wollen. Was nützt es da, wenn Sozialminister Hubertus Heil zwar unser Anliegen teilt, aber gleichzeitig erklärt, man könne „30 Jahre Fehler in der Rentenpolitik nicht mit einem Federstrich weg machen“.

Deshalb hatte sich der Verein Runder Tisch mit einem Schreiben vom 24. August 2024 direkt an Bundeskanzler Olaf Scholz mit der Bitte gewandt, sich für einen Gerechtigkeitsfonds einzusetzen. Außerdem war es uns wichtig, den Bundeskanzler darauf aufmerksam zu machen, dass im Zeitraum seit der Wiedervereinigung Deutschlands vielen DDR-Rentnern rechtmäßig erworbene Rentenansprüche in zweistelliger Milliardenhöhe nicht gewährt wurden, während gleichzeitig Nazi-Tä-

ter, trotz der nachweislich von ihnen begangenen Verbrechen, mit Renten nach dem 13ter-Gesetz und dem Bundesversorgungsgesetz „belohnt“ wurden. Dieser seit den 1950er Jahren bestehende skandalöse Zustand wurde erst in den 90er Jahren vom Team der PANORAMA-Sendung aufgedeckt. Im Bundesversorgungsgesetz vom 01.10.1950 gab es keinen Passus, dass Antragsteller für eine Kriegsopferrente zu überprüfen sind, ob sie während des 2. Weltkriegs Kriegsverbrechen begangen und gegen die Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben. Und so bezogen und beziehen bis heute ehemalige Angehörige der Waffen-SS und anderer Verbrecherorganisationen des NS-Regimes, die zum Teil im Ausland zum Tode oder lebenslanger Haft verurteilt worden sind, „Opferrenten“.

Auch im Bundestag führten die PANORAMA-Enthüllungen zu zahlreichen Debatten und Anfragen an den Bundestag. Geändert hat sich aber fast nichts, bis auf die Einfügung eines ergänzenden § la in das Bundesversorgungsgesetz im Jahr 1997, der eine Überprüfung der Antragsteller auf Verstoß gegen die Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit vorsieht, praktisch aber kaum zu Konsequenzen geführt hat. Deshalb unsere Frage an den Bundeskanzler: Warum sind in der Bundesrepublik Nazitäter mehr wert als deutsche Staatsbürger, die ihre Rentenansprüche in der DDR erworben haben! Leider blieb diese Frage im Schreiben aus dem Bundeskanzleramt unbeantwortet.

Im „Antwortschreiben“, unterschrieben von irgendeinem Mitarbeiter aus dem Büro des Ostbeauftragten, wurde lediglich erklärt, dass es vielfältige Gründe gäbe, warum es nach den Daten des Simon-Wiesenthal-Centers bei 76.000 Verdächtigen nur 99 Versagungen gegeben hätte. Für uns als Verein Runder Tisch Rentengerechtigkeit ist so etwas absolut nicht hinnehmbar. Die Position unserer Mitgliederversammlung dazu ist: Das muss noch mehr in die Öffentlichkeit. Unser Kampf um den Gerechtigkeitsfonds muss weitergehen.

Im Schreiben an den Bundeskanzler hatten wir auch aus einer Rede des namhaften SPD-Sozialpolitikers Rudolf Dreßler von 1995 im Deutschen Bundestag zitiert: „Die Fraktion der SPD ver-

langt nicht mehr und nicht weniger, als dass diejenigen, die in Ostdeutschland Ansprüche und Leistungen aus einem Zusatz- oder Sonderversorgungssystem erworben haben, nicht schlechter gestellt werden, als jeder Mörder und Dieb in Westdeutschland.“

Fast 30 Jahre danach sind wir noch immer schlechter gestellt als Mörder und Diebe in Westdeutschland, ja sogar auch schlechter als Nazi-Verbrecher. Die „biologische Lösung“ unseres Rentenproblems droht endgültig. Das darf doch nicht sein! Die Mitgliederversammlung hat sich aber auch mit der geplanten Rentenreform beschäftigt und festgestellt, dass diese überhaupt keine wirklichen Aspekte enthält, mit der die gesetzliche Rente ausreichend und nachhaltig stabilisiert werden kann und auch zukünftige Rentnergenerationen nicht vor Altersarmut schützt. Deshalb haben die Mitglieder des Runden Tisches auf ihrer Versammlung einstimmig beschlossen, sich mit einem eindringlichen Appell an die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zu wenden, damit in Vorbereitung der Wahlprogramme für die Bundestagswahl 2025 beide Themen mit aufgegriffen und einer gerechten Lösung zugeführt werden. In diesem Appell heißt es: Wir fordern deshalb von den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien:

1. Bei der Erarbeitung der Wahlprogramme für die Bundestagswahl 2025 sind Vorschläge für eine wirklich zukunftsfähige Rentenreform zu erarbeiten, damit auch in Deutschland für alle Beschäftigten künftig sichere und auskömmliche Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung resultieren. Es müssen umgehend Maßnahmen eingeleitet werden, die die unterschiedliche Behandlung von abhängig Beschäftigten und Beamten sowie Selbstständigen bei Renten/Pensionen beseitigen.
2. Es müssen endlich, im 35. Jahr nach der Wiedervereinigung, konkrete Schritte zur Entschädigung der Angehörigen der DDR-Berufs- und Personengruppen beschlossen werden, damit es eine angemessene Wiedergutmachung für die grundgesetzwidrige Aberkennung ihrer gesetzlichen Renten- und Versorgungsansprüche durch die Bundesrepublik gibt. Die Vorschläge des Runden Tisches Rentengerechtigkeit für einen Gerechtigkeitsfonds sind der Bundesregierung und allen Bundestagsfraktionen seit 2019 bekannt.

gez. Dietmar Polster Der Vorstand
Dietmar Polster

Klaus-Dieter Weißenborn
Klaus-Dieter Weißenborn



Protest vor dem Tor der Hansekaserne



„Da konkurrieren zwei sich widersprechende Vorhersagemodelle miteinander“, so der beliebte Meteorologe Stefan Kreibohm am Montag, dem 21.10.2024, morgens im NDR. Während das europäische von Regen ausgeht, verspricht das amerikanische schönes Wetter. Er meinte, dass die Wahrheit irgendwo in der Mitte liegen werde. Nun mussten wir zähneknirschend hoffen, dass das amerikanische (gemeint ist sicher ein US-amerikanisches) zutrifft.

Wir, das sind einige Aktive im Friedensbündnis Norddeutschland, die auf die Schnelle einen Protest in Form einer Mahnwache vor der Hansekaserne in der Rostocker Kopernikusstraße vorbereitet hatten. Hier wollte nämlich der Bundesminister der Verteidigung, Boris Pistorius, gemeinsam mit der Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, am Vormittag eine NATO-Marine-Kommandozentrale eröffnen.

Bis 9.00 Uhr schien das europäische Modell zu obsiegen, an der Warnow staute sich der Nieselregen und am Himmel war kein Fleckchen Blau zu sehen. Doch als wir uns dem Ort unserer Demonstration näherten, gab es einen glatten Sieg für das amerikanische Modell. Der Regen hörte auf, und wir konnten andauernden Sonnenschein genießen. Bei der Versammlungsbehörde hatte ich 20 – 30 Teilnehmer angemeldet, entsprechend hatte man uns auch nur einen Revierpolizisten geschickt, der sehr vernünftig und umsichtig auftrat. Doch aus den 20 – 30 Menschen wurden mehr und mehr Teilnehmer, die von allen Seiten heranströmten. Einer Handvoll Reichsbürger boten wir an, an unserer Ver-

sammlung teilnehmen zu können, wenn sie ihre Preußenadlerfahne einrollten. Damit waren sie nicht einverstanden und plazierten sich 20 Meter entfernt von uns, wo sie auch blieben.

Inzwischen war bei uns die Liedermacherin Bea eingetroffen, Schweriner Friedensaktivisten hatten eine Lautsprecheranlage mitgebracht und schon erschallten die klassischen Antikriegslieder: „Sag mir, wo die Blumen sind ...“, „Meine Söhne kriegt ihr nicht ...“. Die Prominenz der Teilnehmer an dem offiziellen Event hatte wohl auch die Anwesenheit von zahlreichen Journalisten, sowohl von der regionalen und überregionalen Presse als auch vom Fernsehen, bewirkt. Wir hatten uns mit unseren Fahnen und Transparenten genau gegenüber dem Kasernentor plaziert, die Journalisten, wohl durch die bunte, ständig wachsende Menge und Beas Musikbeiträge aufmerksam geworden, bauten sich mit ihren Kameras auf der anderen Straßenseite auf und hofften auf lohnende Motive.

Die Ostsee-Zeitung und NDR – Medien, die unsere Friedensaktivitäten bisher ignoriert hatten, baten um Interviews. Zur Ehrenrettung für die Ostsee-Zeitung (OZ) sei gesagt, dass sie die wichtigsten Inhalte am nächsten Tag auch wirklich veröffentlichte, das NDR-Interview schlummert sicher im Archiv.

Ja, die Teilnehmerzahl ... Wie gesagt, wir hatten mit 20 – 30 Menschen gerechnet. Der Beginn unserer Versammlung war auf 10.00 Uhr festgelegt. Das Fernsehen teilte „60 Teilnehmer“ mit. Die OZ hatte um 9.55 Uhr hundert Teilnehmer gezählt, es kamen aber mehr Demonstranten. Schließlich zählten Aktivist:innen Person für Person und ermittelten 237, und dies zu einem Zeitpunkt, als noch weitere Teilnehmer eintrafen. Diese waren mit dem Zug gekommen oder hatten im Stau gestanden. Man kann also mit Fug und Recht von mindestens 250 Teilnehmern ausgehen.

Wir hatten Briefe an Boris Pistorius und Manuela Schwesig vorbereitet und übergaben



diese am Kontroll- und Durchlasspunkt (falls das bei der NATO auch so heißt), d.h. ein Feldjäger nahm sie leicht genervt entgegen. Dann nahm alles seinen Lauf – der Minister schwebte per Hubschrauber ein, die Ministerpräsidentin reiste mit schwarzer Limousine an. Die Aufmerksamkeit der Journalisten war nun anderweitig gebunden.

Wir nutzten die Versammlung, um Unterschriften unter den Berliner Appell und einen Aufruf des Friedensbündnisses Norddeutschland zu sammeln. Teilnehmer waren aus verschiedenen Ecken Mecklenburg-Vorpommerns angereist. Einige hatten die Entbehren einer Zugfahrt auf sich genommen. Die Möglichkeit wurde genutzt, um die Vernetzung in der Friedensbewegung enger zu gestalten. Kontaktdaten wurden ausgetauscht, z.T. lernte man sich nun endlich persönlich kennen, nachdem schon lange Nachrichten über elektronische Wege ausgetauscht worden sind.

Wie war es möglich, die doch recht beachtliche Teilnehmerzahl so kurzfristig zu erreichen? Wir hatten alle Varianten der Verbreitung der Informationen über die Veranstaltung genutzt und darauf geachtet, parteiunabhängig aufzutreten. Freunde des BSW, die mit einem BSW-Transparent aufgezo-gen waren, sahen dies ein und rollten das Spruchband zusammen. Niemand sollte sich vereinnahmt fühlen. Wir hatten aber auch niemanden von vornherein ausgeschlossen. Auch die 5 oder 6 Reichsbürger hätten bei uns stehen können, wenn sie auf ihre Symbole verzichtet hätten. Der Verlauf und das Ergebnis der Mahnwache hat die Friedenskräfte in Rostock und Mecklenburg-Vorpommern beflügelt und für weitere Aktionen motiviert.

Gerdt Puchta, TIG Rostock



Liebe Freunde,

obwohl ich kein Mitglied von ISOR bin, erhalte ich Eure Zeitung, die mir schon wertvolle Anregungen gegeben hat. In der Oktober-Ausgabe hat mich besonders der Artikel über den Abzug der letzten russischen Soldaten aus Deutschland berührt, einschließlich des Abschiedsliedes, das mir bisher unbekannt war. Jeder Deutsche müsste eine tiefe Scham empfinden über den heutigen Umgang unseres Staates mit Russland. Erfreulich ist nur, dass im Osten das Gefühl der Freundschaft mit diesem Land trotz Verteufelung in Politik und Medien nicht verlorengegangen ist. Im Artikel zum 75. Jahrestag der DDR fand ich mich auch wieder, nicht nur, weil auch meine ersten Lebenseindrücke als Kleinkind mit dem Krieg verbunden waren. Macht weiter so.

Herzliche Grüße von

Horst Neumann aus Bad Kleinen,

10.10.2024

* * *

Zur „Feindbildpflege...“ von Wolfgang Schmidt

Danke für den Artikel, lieber Wolfgang Schmidt! Dieses Urteil beweist erneut, dass es im „Rechtsstaat“ Bundesrepublik Deutschland politisches Strafrecht gibt, was man bisher dem „Unrechtsstaat“ Deutsche Demokratische Republik nachsagt. Sollte Genosse Manfred N. wirklich den mutmaßlichen Terroristen auf diese Weise unschädlich gemacht haben, da bin ich mir sicher, wird dies die einzige Möglichkeit gewesen sein. Wir alle wissen, welche hohen Hürden es in den bewaffneten Organen unseres Landes für die Anwendung der Schußwaffe, erst recht für den gezielten Schuß auf Menschen, gab. Die Praxis in der BRD macht deutlich, dass das in diesem Land offensichtlich nicht der Fall ist.

Letztlich wird an diesem strafrechtlich sehr fragwürdigen Urteil sichtbar, dass man krampfhaft einen „Fall“ suchte und dann so konstruierte, dass man endlich einen Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR zum Mörder erklären konnte.

Ich hoffe auf eine gerechte Revision, kann aber in diesem Land nicht recht daran glauben. Versichern wir Manfred N. unsere Solidarität!

Bernd Gnant, TIG Kühlungsborn

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker

(Che Guevara)

Seitdem Fidel Castro und seine Kampfgefährten das Batista-Regime in Kuba zum Teufel jagten, die Kapitalisten enteignet wurden und die Produktionsmittel dem Volk gehören, führen die USA und ihre Verbündeten einen völkerrechtswidrigen, umfassenden, erbarmungslosen und unmenschlichen Wirtschaftskrieg gegen das kleine Land. Sie wollen es erdrosseln, damit das Kapital auch dort schrankenlos walten kann. Die sozialistischen Bruderländer unterstützten Kuba in seinem antikapitalistischen Kampf. Seit fast 35 Jahren muss sich nun das Land, fast auf sich allein gestellt, der riesigen Übermacht des ausländischen Kapitals erwehren. Es ist vielen Menschen zur Herzenssache geworden, Kuba kontinuierlich auf solidarische Weise zu unterstützen. Das geschieht auch durch Sach- und Geldspenden.

Trotz der im Vorfeld des Hurrikans durchgeführten umfangreichen und aufwändigen Schutzmaßnahmen, verursachte der Tropensturm „Oscar“ am 20. Oktober diesen Jahres in den östlichen Provinzen Kubas immense Schä-

den. Todesopfer waren zu beklagen zahlreiche Gebäude und Stromnetze in den betroffenen Gebieten wurden zerstört, die Landwirtschaft durch Überschwemmungen stark geschädigt. Lassen wir das kubanische Volk in diesen schweren Stunden nicht allein!

Helfen wir, unseren Möglichkeiten entsprechend! Seien wir zärtlich und sammeln in unseren TIG Geldspenden und überweisen diese an das Netzwerk Cuba e. V., den Dachverband der deutschen Kubasolidaritätsorganisationen (IBAN: DE28 4306 0967 1206 4415 00) Stichwort: ISOR-Spende Sturm Oscar.

Damit unser Schatzmeister Bernd Hartmann eine Übersicht über die Gesamthöhe unserer diesbezüglichen Spenden hat, wäre es wünschenswert, ihn nach Abschluss der Sammlung in den TIG über das Ergebnis zu informieren.

Unsere TIG, die aus neun Mitgliedern besteht, überwies inzwischen eine Geldspende in Höhe von insgesamt 190 € auf das o. g. Konto.

Bernd Gnant, TIG Kühlungsborn

Der kleine Frieden

Wie alle spüren es, unser aller Leben ist von Unruhe geprägt. Ängste machen sich breit, vor allem die Angst vor einem Krieg, einem Weltbrand, der die Gefahr in sich birgt, alles hinwegzufegen. Auch eine scheinbare Ohnmacht verspüren wir, dagegen nichts tun zu können. Das Volk geht auf die Straßen, um seine Ängste vor den Bedrohungen hinauszuschreien. Noch sind es zu wenige. Haben Einschüchterung und Lügen durch die herrschenden Eliten Erfolg gehabt? Bei einer Demonstration in Leipzig Anfang November, gegen die westliche Blockadepolitik, verhängt über Kuba, und gegen den Völkermord in Palästina, waren es möglicherweise 100 protestierende Menschen. Aber wir sind nicht ohnmächtig. Nicht gegenüber den Kriegstreibern und auch nicht gegenüber den Lügengeschpinsten, die man täglich auf allen möglichen Kanälen über uns wirft. Pakete explodieren irgendwo, natürlich „mutmaßlich“ inszeniert durch den russische Geheimdienst. Nordkoreanische Soldaten „bedrohen“ von Rußland aus die heile westliche Welt.

Niemand spricht von den 35.000 amerikanischen Militärangehörigen auf deutschem Boden, von über 500 US-Militärstützpunkten, die den Erdball verunstalten und gefährden. Von den Stellvertreterkriegen, die wegen des Weltmachtanspruchs, insbesondere der USA, geführt werden. In den Talk-Shows haben wahrheitsgemäße Analysen über die Ursachen der katastrophalen Lage, in der sich Deutschland befindet, im Re-

gelfall keinen Raum. Oberflächliche Symptome lassen sich, um der Einschaltquoten willen, viel besser vermarkten. In einem Chanson sang der DDR-Künstler Jürgen Walter einst:

„Wer will noch hören, wie’s angefangen hat? Wer will noch hören, wer was begangen hat? Verschweig ein Teil und werd wieder heil, das Spiel steht patt.“

Ein Text, aktueller denn je. Aber auch Lichtstrahlen erhellen diese scheinbar trostlose Situation. Wir erhielten in den letzten Tagen Post aus der Udmurtischen Stadt Ischewsk, am Fuße des Urals. Dort teilte uns unsere Partnerin, eine engagierte Deutschlehrerin am dortigen Lyzeum, den erfolgreichen saisonalen Abschluß ihres „Internationalen Schulgartenprojekts“ mit, in das wir seit einem halben Jahr eingebunden sind. Dort blühen nicht nur die Blumen aus den Samen unserer hiesigen Blumengärten, die Schüler erdachten zum Projekt szenische Aufführungen, poetische Werke und sogar Kompositionen. Sie bedienen sich dabei einer Sprache, aus deren Ursprungsland ihre Heimat, die Russische Föderation, derzeit nicht viel Gutes erfährt - Deutsch! Wie tolerant und nach vorn gerichtet. Über ihre Präsentation, mit der sie das Projekt kürzlich der Öffentlichkeit vorstellten, hatten sie einen Satz geschrieben, den wir ihnen einst in einer Grußbotschaft gesandt hatten: „Diese kleinen Verbindungen können ein Stück Frieden bringen.“ Jeder kann für den Frieden etwas tun!

Norbert Staffa, Verein „Erzgebirgsfreunde Russlands“, Großfolbersdorf

Erklärung der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) e. V.



NATO-Hauptquartier in Rostock ist Verletzung des Völkerrechts

Die Einweihung eines maritimen taktischen Hauptquartiers der NATO am 21. Oktober in Rostock ist ein eklatanter Völkerrechtsbruch. Mit ihr wird insbesondere der „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ vom 12. September 1990 zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier alliierten Mächten Frankreich, Großbritannien, UdSSR und USA verletzt, in dem u. a. die Stationierung und Verlegung ausländischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR nach Abzug der sowjetischen Streitkräfte geregelt ist. Artikel 5 (3) des Vertrages bestimmt: „Ausländische Streitkräfte ... werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt“.

Welche Bedeutung dieses Hauptquartier, das „CTFB“ (Commander Task Force Baltic), für die multilaterale Kooperation der NATO hat, machte Verteidigungsminister Boris Pistorius bei der Einweihung klar. Es gehe um die Verantwortung Deutschlands als „globale Handlungs- und Seemacht“ an der Ostfront der NATO. Durch ständige Lageinformationen soll die Ostfront gegen den Feind Russland gesichert werden. Auch Manuela Schwesig, die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, begrüßte die Einrichtung des Hauptquartiers in der Hansestadt Rostock. Proteste aus der Bevölkerung gegen die Stationierung der NATO sind ihnen egal. Mit Wortklaubereien und irreführenden Behauptungen versuchen die Kriegspolitiker, gestützt von ihren Experten, Diensten und abhängigen Medien, der Öffentlichkeit weiszumachen, es handele sich nicht um Völkerrechtsbruch. Das NATO-Hauptquartier sei lediglich eine nationale Einrichtung.

Die Fakten beweisen allerdings das Gegenteil. Die militärische Aufgabenstellung besteht in der Überwachung des Ostseeraums und in der Übernahme von Führungsverantwortung im Rahmen der NATO. Die Beteiligung von elf weiteren Staaten an dieser Einrichtung, u. a. von Polen und Schweden, bekräftigt ebenfalls zweifelsfrei den NATO-Charakter. Es widerspricht Sinn und Inhalt des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“, wenn das Verbot von „ausländischen Streitkräften“ auf dem Territorium der DDR nicht selbstverständlich auch auf die Kommandostellen zutreffen sollte, die für die NATO handeln und Kriege für internationale Streitkräfte planen, vorbereiten und auch führen sollen. Was der Öffentlichkeit hier zugemutet wird, ist an Dreistigkeit, Dummheit und Manipulation nicht zu überbieten.

Zu Recht hat die russische Seite gegen diesen

Bruch des Völkerrechts sofort protestiert. Mit der Einrichtung dieser NATO-Führungsstelle auf dem Territorium der DDR erreicht die Missachtung des Völkerrechts durch die deutsche Regierung eine weitere Eskalation. Von der Beteiligung an der NATO-Osterweiterung über die Nutzung ostdeutschen Territoriums für den Transport von NATO-Truppen bis zum jetzigen Bruch des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“ hat der deutsche Staat bewiesen, was er vom internationalen Recht und dem Friedensgebot im eigenen Grundgesetz hält.

Der „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ gilt als einer der wichtigsten Verträge nach Beendigung des 2. Weltkrieges. Ungeachtet seiner unterschiedlichen politischen Bewertung war er Voraussetzung für den „Einigungsvertrag“ und als Friedensregelung gedacht.

Geist und Buchstabe des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“ sind mit einem NATO-Hauptquartier in Rostock, „einer der wichtigsten NATO-Stützpunkte im Ostseeraum“ (Ostseezeitung) unvereinbar. Gegen Deutschland als „zentrale Drehscheibe für die Allianz“ (Bundeskanzler Scholz) zur Kriegsführung und besonders - entgegen internationalen Abkommen - die schrittweise Einbeziehung des DDR-Territoriums in NATO-Kriegsvorbereitungen und Feindschaft gegen andere Staaten und Völker ist unser aller Protest notwendig. Wir solidarisieren uns mit allen Bürgerinnen und Bürgern, die gegen diesen friedensfeindlichen NATO-Stützpunkt Widerstand leisten.

Berlin, am 31. Oktober 2024, Vorstand der GRH

Partei Die Linke,
Vorsitzende • Kleine Alexanderstraße 28 • 10178 Berlin

Runder Tisch Rentengerechtigkeit e.V.
Vorsitzenden
Herrn Klaus-Dieter Weißenborn

Per Mail: info.rundertisch@gmail.com

Sehr geehrter Herr Weißenborn,

vielen Dank für Ihr Schreiben und Ihre Resolution.

Die Benachteiligung der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner ist ein Skandal, den die letzten Bundesregierungen einfach ausgesessen haben. Statt schöner Sonntagsreden zum Tag der Deutschen Einheit bräuchte es endlich eine gleichwertige Anerkennung der Lebensleistung in Ost und West. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass in der DDR erworbene Rentenansprüche nicht einfach unter den Tisch fallen dürfen. Der „Härtefallfonds“ der Bundesregierung ist eine Demütigung für Ost-Rentnerinnen und -rentner, da er nur den Anschein erweckt, für Gerechtigkeit zu sorgen, letztendlich aber rund 90% der Betroffenen leer ausgehen werden. Das hat das Bundesarbeitsministerium gegenüber Linken-MdB Sören Pellmann auch zugegeben.

Im Gegensatz zur ehemaligen Ampel-Regierung mit ihrer geplanten „Rentenreform“ sehen wir als Linke den Bedarf nach einer gerechten Rente, die der jahrzehntelangen harten Arbeit der Rentnerinnen und Rentner in Ost und West Rechnung trägt. Dazu gehört eine Absenkung des Rentenalters auf 65 Jahre, die bessere Anerkennung von Pflege- und Erziehungszeiten, die Abschaffung von Altersarmut durch eine Mindestrente von 1250€ sowie die Erhöhung des Rentenniveaus auf 53%. Außerdem schließen wir uns Ihrer Forderung nach einem Ende der Renten-Benachteiligung für Ostdeutsche ausdrücklich an.

Aus der persönlichen Erfahrung heraus mit Familienmitgliedern in Ostdeutschland, die klar benachteiligt sind und aufgrund der vielen Erzählungen, die uns im Wahlkampf und als Nachrichten jeden Tag dazu erreichen, halten wir Ihr Anliegen der Angleichung für besonders wichtig. Es geht nicht nur um den finanziellen Ausgleich, sondern auch um eine demokratische und historische Wiedergutmachung und Achtung der Leben von vielen Menschen im Osten. Als Linkspartei stehen wir auch weiterhin an Ihrer Seite gegen die Schlechterstellung der Ost-Rentnerinnen und -rentner! Darauf können Sie sich verlassen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

Ines Schwerdtner

Jan van Aken

Die Linke

Partei Die Linke
Ines Schwerdtner
Jan van Aken
Vorsitzende

Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin

Telefon: 030/24009-0
Telefax: 030/24009-631

E-Mail: buerro.partei@die-linke.de
www.die-linke.de

Berlin, 26. November 2024



Siehe auch: Link zu:

Junge Welt vom 02.11.2024, Seite 15

Kundschafter des Friedens,

von Ulrich Schneider

Zweiter Weltkrieg: Kundschafter des Friedens, Tageszeitung junge Welt, 02.11.2024

UZ: Vor 80 Jahren wurde Richard Sorge als

sowjetischer Spion in Japan hingerichtet

Von Ulrich Schneider

<https://www.unsere-zeit.de/richard-sorge-nicht-nur-mein-held-4797699/>



Aus: Ausgabe vom 02.11.2024, Seite 15/ Geschichte

Richard Sorge war einer der wohl erfolgreichsten Spione der UdSSR im Zweiten Weltkrieg

Zweigeteilte Erinnerung

Erst, als die UdSSR 1964 mit der posthumen Ehrung als »Held der Sowjetunion« die Spionagetätigkeit von Richard Sorge öffentlich bestätigte, begann in der DDR eine intensive Aufarbeitung. Schon vorher war Sorges Mitstreiter Max Christiansen-Clausen mit hohen Auszeichnungen für den antifaschistischen Kampf geehrt worden. 1965 erschien im Militärverlag der DDR in mehreren Auflagen die Dokumentation von Julius Mader »Dr. Sorge funkt aus Tokyo«. 1969 wurde zum 25. Todestag in Berlin-Friedrichshain eine Straße nach Richard Sorge benannt. 1976 ehrte die Deutsche Post der DDR Sorge mit der Herausgabe eines Briefmarkenblocks. Als höchste Auszeichnung vergab das Ministerium für Staatssicherheit die Dr.-Richard-Sorge-Medaille in Gold.

Als Spion des sowjetischen Militärgespionagesdienstes (GRU) übermittelte Richard Sorge in Tokio über viele Jahre Informa-

Gedenken an Richard Sorge



Vertreter vieler Initiativen und Verbände versammelten sich am 07.11.2024, 11:00 Uhr in Berlin, in der Richard-Sorge Straße. Gemeinsam begingen sie den 80. Jahrestages seiner Ermordung durch die damalige japanische Justiz. Die Gedenkveranstaltung fand im Beisein von Vertretern der russischen Botschaft statt.

tionen nach Moskau. Seine wichtigste Botschaft war das Datum des geplanten deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, was allerdings seitens der sowjetischen Staatsführung nicht ernst genommen wurde. Sorge gilt als »roter Superspion«. Dabei wird zumeist ausgeblendet, dass er lange vor seiner Spionagetätigkeit in der kommunistischen Bewegung tätig war.

Geboren 1895 in Baku, wo sein Vater als deutscher Erdölingenieur arbeitete, wuchs Sorge ab 1898 in Berlin auf. Wie in seiner Generation üblich, meldete er sich 1914 als Kriegsfreiwilliger und kam an die Westfront, wo er verwundet wurde. ...

Weiterlesen:



7.11.2024

Vor 80 Jahren wurde der Held der Sowjetunion in Japan hingerichtet Richard Sorge: Nicht nur mein Held
Von Uli Jeschke

Ich habe in meinem Arbeitszimmer ein Stück Wand, an der zwei Dutzend Miniporträts in kleinen Rahmen hängen. Immer wieder erhebt sich mein Blick zu den Bildern, und sofort fällt mir zu jedem Gesicht eine kleine Geschichte ein. Es ist ein bisschen so etwas wie ein Denkschrein. Da hängen neben unseren bärtigen Freunden aus dem 19. Jahrhundert

zum Beispiel auch Juri Gagarin und Walentina Tereschkowa, Ernest Hemingway oder Fidel Castro, aber auch Clara Zetkin oder Tamara Bunke. Direkt unter Tamara Bunke hängt das Bild eines Mannes, dessen Wirken mich bereits als Jugendlicher fasziniert und damit auch ein Stück Motivation für mein eigenes Leben geliefert hat. Wer war dieser Typ, nach dem in der DDR Ferienheime und Sportheime und andere Schulen, Straßen sowie Brigaden benannt wurden, und von dessen Konterfei Medaillen geprägt und Büsten gegossen wurden?

Sein Leben ging am 7. November 1944 abrupt zu Ende, denn er wurde nach Haft und Folter bei der Kempeitai (憲兵隊, japanische Geheimpolizei) und kurzem Prozess als Spion aufgehängt.

Doch fangen wir von vorn an. Richard Sorge wurde am 4. Oktober 1895 in der Nähe von Baku, das damals zu Russland gehörte, als Sohn eines deutschen Erdölingenieurs geboren. Seine Mutter war Russin und stammte aus einer Eisenbahnerfamilie. Er wuchs in behüteten Verhältnissen und frei von Not auf. Als er drei Jahren alt war, zog die Familie nach Deutschland.

Weiterlesen:





Daniela Dahn
Der Schlaf der Vernunft

Über Kriegsklima, Nazis und Fakes

Rowohlt Taschenbuch-Verlag Hamburg 2024, ISBN 978-3-499-01658-5, 192 Seiten, 16,00 Euro

Daniela Dahn ist bekannt für ihre scharfsinnigen Betrachtungen. In diesem Büchlein plädiert sie für eine Rückkehr zur Vernunft, obwohl sie skeptisch bleibt, ob menschliche „Vernunft“ das, was sie angerichtet hat, auch richten kann. Nichts

wünscht sie sich mehr, als sich damit zu irren. Sie zitiert Lion Feuchtwanger mit seinen Worten: „Was für eine geringe Rolle im geistigen Gesamthaushalt eines Menschen spielt die Vernunft und was für eine ungeheure das blinde Gefühl.“ Positiv gedacht ist Vernunft das einzige Korrektiv zur sich ausbreitenden Kriegshysterie, die auf die Mobilisierung von Gefühlen durch Bedrohungsängste, Feindbilder und Fehlinformationen setzt. Nur durch die Rückkehr zur Vernunft kann das Abgleiten der Menschheit in einen alles vernichtenden Weltkrieg noch abgewandt werden. Viel Zeit bleibt dafür nicht mehr. Durch Hinweis auf viele, teils schon vergessene Fakten, hinterfragt die Autorin gängige Klischees, u.a. über die sog. Zeitenwende, Demokratie, Antisemitismus, den Rechtsruck oder die Ostdeutschen als unbekanntes Wesen. Das Buch ist anspruchsvoll und anregend zugleich. *Wolfgang Schmidt*



Jürgen Grässlin
Wie Lichter in der Nacht
Menschen, die die Welt verändern
Ein Mutmachbuch,

Heyne Verlag, 384 Seiten, 20,- Euro
ISBN-10 : 3453218914, ISBN-13 : 978-3453218918

Jürgen Grässlin wirft ein Licht auf das, was uns in diesen düsteren Zeiten Halt gibt und den Mut, nach vorne zu schauen. Im Gespräch mit Menschen wie Margot Käßmann, Gerhard Trabert und Vandana Shiva, die sich unbeirrt für Umwelt, Frieden und Freiheit, soziale Wärme und Vielfalt einsetzen, und die damit viel bewegen, wird die Welt ein wenig heller: Inspiration für alle, die glauben, als Einzelne könnten sie nichts erreichen, die Mutlosigkeit, weicht Zuversicht. All die Menschen in diesem Buch jeden Alters, jeden Geschlechts und jede und jeder mit einem Ziel, für das zu kämpfen sich lohnt, haben eine gemeinsame Botschaft: Du bist nicht allein! Und: Es gibt immer einen Grund, mit Hoffnung nach vorne zu blicken.



**Liebe Mitstreiter,
liebe Unterstützer,
liebe Sympathisanten,**

wieder geht ein Jahr zu Ende. Es ist ein weiteres Jahr unseres Bestehens, ein weiteres Jahr in unserem gemeinsamen Kampf für mehr Rentengerechtigkeit, für eine friedlichere und sozial gerechtere Welt. Lasst uns nicht vergessen, dass vergangene Teilerfolge in diesem Kampf, trotzdem weiter unsere unermüdliche Solidarität verlangen, dass mensch-

liche Wärme, gegenseitige Hilfe und weitere Proteste gegen das Rentenunrecht in diesem Lande erforderlich sind, um unser aller Leben positiver zu gestalten. Stärken wir unsere Gemeinschaft in ISOR e.V., stärken wir unsere politische Heimat. Im Namen des Vorstands, des Beirates, der Mitarbeiter der Geschäftsstelle und des Redaktionsteams wünschen wir allen ein friedliches und entspanntes Weihnachtsfest und für das neue Jahr alles erdenklich Gute, Gesundheit und Freude im Kreise der Familie.

Anja Mewes / Geschäftsführerin

IMPRESSUM

Vorsitzender:
Joachim Bonatz

Postanschrift:
ISOR e. V.
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

Herausgeber: ISOR e. V.
V.i.S.d.P: Steffen Haupt
Redaktion: Steffen Haupt
E-Mail: isor-aktuell-redaktion@t-online.de
Vertrieb: Peter Ott,
isor-berlin@t-online.de

Layout: Ulrike Schiga,
LibelleDeko
Herstellung:
Druckerei Gottschalk
Internet:
www.isor-sozialverein.de

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich Sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 20.11.2024
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 17.12.2024
Print- und Internetausgabe: 03.12.2024

Geschäftsführerin: Anja Mewes
Di: 9-16 Uhr
Mi: nach telef. Vereinbarung
Tel.: 030 297843-16
Fax: 030 297843-20
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Rente/Soziales: Peter Ott
Di: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-15
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Schatzmeister und Statistiker: Bernd Hartmann (Home-Office)
Di: Termine im Büro nach tel. Vereinbarung
Mi: 8-16 Uhr
Tel.: 03338- 750 76 92
Fax: 03338- 750 76 91
E-Mail: isor-finanz-stat@t-online.de

Buchhaltung: Sonja Franz,
Mo-Do: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-19
E-Mail: isor-finanz22@t-online.de

Bankverbind.: Berliner Sparkasse
IBAN: DE43 1005 0000 1713 0200 56
BIC: BELADEBEXXX

Versand ISOR-Aktuell per E-Mail:
isor-aktuell-versand@t-online.de